

Protokoll

über die 17. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 2. Amtszeit

Sitzungstermin: 26.06.2023

Sitzungsort: Landtag Brandenburg

Sitzungsleitung: Herr Bernd Mones (Vorsitzender)

Protokollführung: Frau Sonja Steinbach

Zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

BE: Herr Mones

➔ **Protokollanlagen:** Keine

Gesprächsinhalte:

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden. Zu Beginn der Sitzung sind 19 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Im weiteren Verlauf der Sitzung kommen zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder hinzu, so dass 21 stimmberechtigte Mitglieder im Verlauf der Sitzung anwesend sind.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Über die Tagesordnung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltung: 0

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist damit angenommen.

Weitere Verabredungen: Keine.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 24.04.2022

BE: Herr Mones

➔ **Protokollanlagen:** Verabschiedete Fassung des Protokolls vom 24.04.2023

Gesprächsinhalte:

Es gehen keine Änderungswünsche zum Protokoll des LKJA am 24.04.2023 ein.

Es wird über die Genehmigung des Protokolls abgestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja: 18

Nein: 0

Enthaltung: 1

Damit ist das Protokoll der letzten Sitzung angenommen.

Weitere Verabredungen: Keine

Zu TOP 3 Information zum aktuellen Stand und Austausch zur SGB VIII-Reform,

Beteiligungsprozess KJSG/KJG, Gutachten „Zweigliedrigkeit/Beschlusskompetenz LKJA“

BE: Herr Mones, Herr Westphal, Frau Krumrey

Protokollanlagen: Keine.

Gesprächsinhalte:

Herr Mones führt in das Thema ein und verweist auf die Plattform Dialog BB. Hier wurden im Vorfeld sitzungsvorbereitende Unterlagen eingestellt.

Sodann folgt ein fachlicher Austausch mit Rückmeldungen und Rückfragen. Unter anderem wird:

- der geplante Zeitplan insbesondere in Bezug auf das parlamentarische Verfahren erfragt,
- ein Statement zum Namen des Ausschusses im Arbeitsentwurf abgegeben,
- der Stand zur Beauftragung des Gutachtens zu dem der LKJA einen Beschluss gefasst hat, erfragt.

Es findet eine fachliche Diskussion zur Zusammensetzung des LKJA statt, zur angemessenen Größe sowie zur Frage wie die öffentliche und freie Trägerseite ausreichend berücksichtigt und zur zukünftigen Einbindung von Landtagsabgeordneten.

Der Stand des Gutachtens, das eingeholt werden soll, wird erläutert. Herr Westphal berichtet und erfragt, ob das Gutachten in der ursprünglich geplanten Form weiter gewünscht sei.

Herr Mones bekräftigt, dass der im Februar gefasste Beschluss zur Einholung eines Gutachtens umgesetzt werden solle.

Herr Westphal berichtet weiter zu den über 50 Stellungnahmen, die zum Arbeitsfassung des Gesetzesentwurfs eingegangen sind. Das Gesetz solle nach derzeitiger Planung nach wie vor zum 01.01.2024 in Kraft treten.

Herr Mones weist auf die Möglichkeit hin, Stellungnahme die aus Organisationen/Institutionen erfolgt sind, die im LKJA vertreten sind, auf Dialog BB hochzuladen.

Frau Ebell berichtet von der Stellungnahme des Landesjugendrings. Sie plädiert dafür, für die Erarbeitung des Gesetzes mehr Zeit einzuräumen.

Herr Decker berichtet zur Befassung im Unterausschuss HzE und erläutert, dass durch den vorliegenden Vorschlag die ausreichende Besetzung der Unterausschüsse nicht mehr gesichert sei. Die vorgeschlagene Altersquote sei ein zu honorierendes Anliegen aber nicht der richtige Weg, junge Menschen an dem Gremium zu beteiligen.

Um die vorgeschlagenen Beschlussrechte genauer zu fassen, sollten die Aufgaben des überörtlichen Trägers genauer beschrieben sein. Es sollte außerdem nicht auf die Landtagsabgeordneten als stimmberechtigte Mitglieder verzichtet werden. In dem vorliegenden Vorschlag, seien die Ombudsstellen nicht so unabhängig geregelt, wie es dem Wunsch des UA entsprochen hätte. Er kritisiert die vorgeschlagenen Regelungen zum Thema Fachkräfte, da sie Entwicklungen, insbesondere, die in Einrichtungen HzE errungen worden seien, nicht berücksichtigten.

Frau Schäfer ergänzt zum Thema Ombudsstellen. Durch die vorgeschlagene Zuständigkeitsregelung, werde das Bild erweckt, dass regional verankerte Ombudsstellen geplant seien. Die Verantwortung sollte aber beim überörtlichen Träger verbleiben.

Frau Uhlworm berichtet zur Stellungnahme des UA JJQ. Die Landesgleichstellungsbeauftragte sollte als Mitglied aufgenommen werden, die Aufnahme aller Beauftragten sollte geprüft werden. Zum Thema selbstorganisierten Zusammenschlüssen weist sie darauf hin, dass „Hauptamt Ehrenamt stärke“ und dies berücksichtigt werden solle.

Frau Fusan berichtet zur Stellungnahme der öffentlichen Träger. Insgesamt sei der Entwurf überreguliert. Konkret seien Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung zu kritisieren. Die Konnexitätspflichtung sei in der Höhe nicht festgestellt. Viele Neuregelungen würden eine Mehrbelastung auslösen, die nicht anerkannt worden sei.

Auf Nachfrage erklärt die Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte Frau Krumrey, dass sie eine Stellungnahme in der Arbeitsabstimmung abgegeben habe, in der auch die Rückmeldungen der jungen Menschen eingeflossen seien, die am Prozess beteiligt waren.

Sie berichtet außerdem zum letzten Beteiligungsworkshop am 06.05.2023. Junge Menschen formulierten, dass sie direkt an der Arbeit des LKJA mit Stimmrecht beteiligt sein möchten. Dafür sei es wichtig, dass nicht nur ein junger Mensch vertreten seien, auch die Sitzungszeit müsse zum Beispiel überprüft werden.

Die/der Landesbeauftragte von Kindern und Jugendlichen sollte beratendes Mitglied im LKJA sein.

Herr Mones bittet im weiteren Verlauf des Prozesses, ausreichend Zeit zur Abstimmung mit dem LKJA einzuplanen und zu überprüfen, ob das geplante Inkrafttreten zum 01.01.2024 realisierbar sei.

Weitere Verabredungen: Keine.

Zu TOP 4: Benehmensherstellung zu dem Entwurf Empfehlungen der AG interdisziplinärer Fachaustausch

BE: Frau Grosset (MBSJ), Herr Decker

→ Protokollanlagen: Keine

Gesprächsinhalte:

Frau Grosset führt in den Tagesordnungspunkt ein und beschreibt den Prozess der Entstehung des Papiers, die Arbeitsweise und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, die den Entwurf erarbeitet hat.

Der Entwurf der Empfehlung ist das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe. Ein Begleitschreiben der Landesregierung ist geplant.

Sobald die Arbeitsphase abgeschlossen ist, soll das Papier dem LKJA erneut vorgelegt werden.

Herr Decker ergänzt um die Vorstellung der eingebrachten Beschlussvorlage aus dem UA HzE. Der UA hat eine Stellungnahme abgegeben und möchte die Herstellung des Benehmens empfehlen, wenn die vom UA formulierten Punkte berücksichtigt würden.

Frau Dr. Kopp erklärt, dass sie sich aus der Arbeitsgruppe zurückgezogen habe und erklärt, dass das MSGIV mehr Verantwortung in dem Themenfeld übernehmen müsse. Alle Seiten müssten außerdem ihre Verantwortungen klarer darstellen.

Frau Fusan empfiehlt eine Zurückstellung der Herstellung des Benehmens, bis die Arbeitsphase tatsächlich abgeschlossen sei.

Frau Dannenberg empfiehlt die Aufnahme der Disziplin Schule in den Arbeitsprozess, insbesondere zu dem Thema Intensivpädagogik.

Nach der fachlichen Diskussion wird entschieden, die Herstellung des Benehmens im LKJA zu verschieben.

Die Stellungnahme des UA HzE, die in der Beschlussvorlage 134-40/2023 niedergelegt ist wird zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das MBS wird gebeten, die Stellungnahme mit Bitte um Berücksichtigung an die Arbeitsgruppe weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 19

Enthaltung: 1

Nein: 0

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest.

Weitere Verabredungen:

Die Herstellung des Benehmens zu dem Papier im LKJA soll erfolgen, sobald die Arbeitsabstimmung abgeschlossen ist. Die Stellungnahme des UA HzE soll der Arbeitsgruppe mit Bitte um Berücksichtigung zugeleitet werden.

Zu TOP 5: Bericht der Unterausschüsse

BE: Herr Feuerschütz, Herr Postel, Herr Decker, Frau Uhlworm

➔ Protokollanlagen: Keine.

Gesprächsinhalte:

5.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

BE: Herr Feuerschütz

Herr Feuerschütz berichtete zur Arbeit des UA JJJ. Für das Protokoll wurde folgender schriftlicher Bericht eingereicht:

UA Sitzung 22.05. Hoffnungstaler Stiftung Lobetal

1. Jugendarbeit
2. Landespolitik
3. Beteiligung

Folgende Kernaussagen werden durch die Schüler*innen an den UA-JJJ mitgegeben:

1. Kernthema Jugendarbeit: Es kann festgestellt werden, dass Jugendarbeit in der Ausbildung kaum bekannt ist und mehr vorkommen müsste. Hier wird nach Kooperationen zwischen Ausbildungsstätte und anderen Trägern und Institutionen empfohlen. U.a. von Interesse sind Orte an denen als Erzieher*in gearbeitet werden kann und welche Förderungen es für Projekte der Jugendarbeit gibt.

2. Kernthema Landespolitik: Es fand eine sehr gute Austauschrunde statt, in der festgehalten wurde, wo überall eigentlich Politik vorkommen kann.

Jugendliche sind während und nach der Corona-Pandemie zu sehr aus dem Blick geraten.

3. Kernthema Beteiligung: Die Schüler*innen wünschen sich mehr in die Unterrichtsplanung mit einbezogen zu werden. Aus ihrer Sicht liegt der Schwerpunkt in der Ausbildung zum*zur Sozialassistent*in zu sehr auf dem Bereich Kita. Die Jugendarbeit sollte mehr Anteile im Curriculum bekommen und das würde ganz klar mehr Anreiz für diese Ausbildung schaffen, bspw. könnte man nach 1,5 Jahren Ausbildungszeit bereits eine Spezialisierung auf den Bereich HZE ermöglichen. Laut K. Friedel liegt eine mögliche Änderung des Curriculums ausschließlich bei der KMK.

Des Weiteren wird das Verständnis von Beteiligung total unterschiedlich aufgefasst.

Fachstelle Inklusion

Es folgt eine Diskussionsrunde darüber, woran der UA-JJJ zukünftig arbeiten kann. Es werden folgende Punkte zusammengetragen:

- Schlüssel der Personen, die begleitet werden müssen, muss verringert werden, um bspw. jemand mit Behinderung im Bereich FWD überhaupt begleiten zu können; Erarbeitung Vertrauensvorschuss, damit bspw. Eltern ihre Kinder an einen Jugendverband geben
- UA-JJJ kann für die Konzeption der Fachstelle mitdenken, was noch mit eingebracht werden kann für ein dauerhaftes Bestehen der Fachstelle (wird aktuell auch im KJG verankert)
- evtl. zukünftige Kooperation mit dem UA-HZE und Bereich Schule notwendig
- einfache Formulierungen und Antragsprozedere für Menschen mit Behinderungen notwendig
- Multiplikator*innen notwendig (z.B. Gehörlose für Gehörlose)

Auseinandersetzung mit dem neuem KJHG in zwei Sondersitzungen:

- 31.05.
- 19.06.

5.2 Kindertagesbetreuung

BE: Herr Postel

Herr Postel berichtet zu der Arbeit des Unterausschuss Kita. Der Unterausschuss hat sich am 02.06.2023 getroffen. Zu vielen Themen wurde der UA zur Stellungnahme aufgerufen bzw. hat sich geäußert: u.a. 3. Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung, Gesetz zur Kindertagespflege, Brd. Kinder- und Jugendgesetz.

Die Fristen zur Stellungnahmen seien sehr kurz gewesen. Mit einem Online-Tool soll die Zusammenarbeit des Arbeitskreises zwischen den Sitzungen verbessert werden.

Zum Thema Bildungsplan werden im Anschluss an den Bericht aus dem UA Kita aktuelle Informationen erfragt und es findet ein fachlicher Austausch statt.

Herr Westphal erklärt, dass weitere Informationen voraussichtlich nach Ende August zur Verfügung gestellt werden können. Es ist ein Beteiligungsverfahren geplant. Der Bildungsplan soll als Empfehlungen nach § 85 (2) SGB VIII behandelt werden. Es findet ein fachlicher Austausch statt. Frau Dannenberg fordert eine Rechtsverbindlichkeit des Bildungsplans nach Berliner Vorbild.

5.3 Hilfen zur Erziehung

BE: Herr Decker

Herr Decker berichtet aus dem Unterausschuss Hilfen zur Erziehung.

Er erläutert die Berichterstattung, die im UA HzE zum Thema Meldeverhalten zu Trägerereignissen und zu Platzstrukturen im Jahr 2023 erfolgt ist.

Weitere Themen des Unterausschusses waren: Empfehlungen interdisziplinärer Fachaus-tausch, Kinderschutzinstitutsambulanzen, Empfehlungen der BGA LJÄ zum Thema Qualitätsmaßstäbe und Gelingensbedingungen für die Hilfeplanung gemäß § 36 SGB VIII. Weiter hat sich der Unterausschuss mit der Arbeitsfassung des Brd. Kinder- und Jugendgesetz befasst.

5.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

BE: Frau Uhlworm

Frau Uhlworm berichtet aus dem Unterausschuss JJQ. Der Unterausschuss hat einmal digital getagt und sich zur Stellungnahme zur Arbeitsfassung des Brd. Kinder- und Jugendgesetz ausgetauscht.

Weitere Verabredungen: Keine

Zu TOP 6: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Westphal, Frau Paepke, Herr Schulz (MBS)

→ Protokollanlagen:

Gesprächsinhalte:

Frau Paepke berichtet zu den Themen Kindertagesbetreuung unter anderem zum Sachstand 3. Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung, und Kindertagespflegegesetz: Erläuterungsschreiben, FAQs sowie Broschüren und Flyer sind geplant.

Sie erläutert weiter, dass das Thema Fachkräfte / Deckung des Fachkräftebedarfs in den Fokus rücken soll.

Die Kitarechtsreform werde weiterhin schrittweise fortgesetzt, die Finanzierungsstudie laufe. Ein Kitarechtsgrundlagenbereinigungsgesetz solle gemeinsam mit den beteiligten Akteuren umgesetzt werden.

Es findet ein fachlicher Austausch statt und es werden Rückfragen gestellt, unter anderem dazu wann die Finanzierungsstudie vorliege und wann die Fachkräfte-Modellrechnung vorgestellt werde.

Zur Finanzierungsstudie meldet Frau Paepke zurück, dass im Herbst die Datensätze ausgewertet werden sollen. Zur Fachkräfte-Modellrechnung kann noch kein Zeitplan benannt werden, es wird um Verständnis gebeten, dass Daten überprüft werden mussten.

Frau Dr. Kopp bittet um frühzeitige Einbindung zur Finanzierungsstudie.

Auf Nachfrage erklärt Frau Paepke, dass das Thema MIKA im UA Kita bearbeitet werden wird.

Herr Schulz berichtet zum Sachstand Brandenburg-Paket.

Es findet ein fachlicher Austausch statt. In Bezug auf den Kommunalteil des MdFE wird zurückgemeldet, dass es Umsetzungsschwierigkeiten bei den örtlichen Trägern gebe. Es müssten Rückberechnungen für jedes Kind/Jugendlichen erfolgen. Der bürokratische Aufwand sei enorm, die Rückrechnungen würden zu Verzögerungen in der Auszahlung führen.

Herr Westphal sichert hierzu eine Überprüfung zu, ggf. könnte hierzu ein Erläuterungsschreiben versandt werden.

Der Richtlinienentwurf Brandenburg-Paket MBS ist dem LKJA vor der Sitzung zugegangen. Aufgrund der Kurzfristigkeit wird die Herstellung des Benehmens nach der Sitzung als Umlauf vorgeschlagen. Diesem Verfahrensvorschlag wird zugestimmt.

Herr Westphal berichtet zur Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK), die Ende Mai in Potsdam getagt hat. Er berichtet zu den gefassten Beschlüssen, die unter folgendem Link abgerufen werden können: <https://jfmk.de/beschluesse/>

Verabredungen: Keine

Zu TOP 7 Sachstand Fachtag LKJA Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

BE: Herr Mones

→ Protokollanlagen: Keine

Gesprächsinhalte:

Herr Mones berichtet zu dem Fachgespräch, dass Ende April stattgefunden hat. Der Fachtag des LKJA soll im ersten Quartal 2024 stattfinden, die Arbeitsgruppe „Fachkräfte“ des LKJA erarbeitet derzeit ein Konzept zu der geplanten Veranstaltung.

Verabredungen: Keine.

TOP 12: Verschiedenes

➔ Protokollanlagen: Keine

Die nächste Sitzung des LKJA wird am 18.09.2023 stattfinden.

Weitere Terminplanung für das Jahr 2023:

Montag, der 27.11.2023 digital

Frau Uhlworm berichtet zu einem „Save the date“ zum Familienforum, das am 18.11.2023 im Landtag stattfinden wird.

Weitere Verabredungen: Keine

Herr Mones verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:15 Uhr.

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, **18.09.2023**, ab **14:00** Uhr statt.

gez. Bernhard Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. Sonja Steinbach
Protokollführerin